

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 20. September 2015

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat
am 20. September 2015 beschlossen:

Impulse für das deutsche Erfolgsmodell Mittelstand

Deutschland hat die Finanz- und Wirtschaftskrise besser als andere Länder in Europa gemeistert. Das verdanken wir vor allem den vielen leistungsbereiten, kreativen und innovativen Menschen in mittelständischen Unternehmen. Mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer übernehmen Verantwortung und sind in ihren Regionen tief verwurzelt. Sie schaffen den Löwenanteil an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Das bildet die Grundlage für Investitionen, Wohlstand und Spielraum für sozialen Ausgleich. Deshalb ist der Mittelstand seit Jahrzehnten Herz und Motor der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

Damit das so bleibt, sind stabile Rahmenbedingungen, ein schlanker Staat und unternehmerische Freiräume erforderlich. Demgegenüber gefährden die Rente mit 63, der Mindestlohn und die Energiewende das deutsche Erfolgsmodell Mittelstand.

Für eine Digitalisierungsoffensive Mittelstand

Die Digitalisierung bietet dem Mittelstand enorme Chancen. Sie stellt aber besonders kleine Betriebe vor große Herausforderungen. Neue Technologien wie beispielsweise der 3D-Druck revolutionieren Produktionsmethoden. Digitale Plattformen sorgen für mehr Wettbewerb auf den Absatz- und Zuliefermärkten. Daten werden immer mehr zu einer wichtigen Ressource. Wir wollen den Mittelstand fit machen für die Wirtschaft 4.0 - und eine Digitalisierungsoffensive im Volumen von fünf Milliarden Euro starten. Sie soll die Einführung der degressiven Abschreibungsmethode im Steuerbilanzrecht beinhalten. Dies erlaubt dem industriellen Mittelstand schnelle Investitionen in digitales Sachkapital. Dazu gehört auch die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Sie ermöglicht eine unbürokratische Innovationsfinanzierung. Darüber hinaus werden Digitalisierungsschecks für Betriebe mit bis zu 250 Mitarbeitern angeboten. Sie bieten besonders kleinen und mittleren Betrieben eine leichtere Finanzierung von digitalen Weiterbildungsmaßnahmen oder die Anschaffung von Sicherheitssoftware.

Für weniger Bürokratie

Die Freien Demokraten wollen wirksame Bürokratiebremsen. Für jede neue bürokratische Last müssen zwei bestehende abgeschafft werden. So genannte Sunset-Klauseln bei Genehmigungsverfahren schaffen Planungssicherheit bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Allein die Einführung des Mindestlohns hat zu einem Aufwuchs von neun Milliarden Euro an bürokratischem Erfüllungsaufwand geführt. Diesen Irrsinn wollen wir rückgängig machen. Das erreichen wir durch neues Vertrauen in unsere Unternehmen und durch die Wiederbelebung

des Bildes vom ehr-baren Kaufmann. Dass wir Firmen in Deutschland unter Generalverdacht stellen, muss ein Ende haben.

Wir fordern eine Anhebung der Buchführungsgrenzen, eine Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen und eine Erhöhung des Schwellenwerts für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Auch die Rückverlegung des Abführungsdatums der Sozialversicherungsbeiträge halten wir nach wie vor für dringend geboten, um die Arbeitgeber von unnötiger Bürokratie zu entlasten.

Für eine starke duale Ausbildung

Für das System der dualen Ausbildung wird Deutschland auf der ganzen Welt gelobt. Der Mittelstand ist Garant und Träger dieses Erfolgsmodells. Für die nächsten Jahre zeichnet sich ein Lehrlingsmangel ab. Auf der einen Seite muss die Ausbildung für die besten Schulabgänger im Vergleich zu einem Studium attraktiver werden, etwa durch Angebote, die berufliche und akademische Ausbildung stärker verbinden. Auf der anderen Seite gilt es, die Ausbildungsfähigkeit von lernschwachen Jugendlichen zu verbessern, etwa durch mehr modulare oder weniger theorieorientierte und kürzere Ausbildungs-gänge. Schließlich sollte jugendlichen Flüchtlingen die Chance auf Ausbildung und Integration ermöglicht werden. Daher fordern wir eine 3plus2-Regel: Jugendliche Flüchtlinge dürfen nach einer dreijährigen Ausbildung noch mindestens zwei Jahre im Betrieb weiterarbeiten, ohne Gefahr der Abschiebung.

Für eine vernünftige Beschäftigungspolitik

Kleine und mittlere Unternehmen tragen traditionell zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts bei. Auch in schwierigen Zeiten halten sie ihre Belegschaft. Der demografische Wandel stellt die gesamte deutsche Wirtschaft vor eine große Herausforderung. Schon heute zeichnet sich ein Fachkräftemangel ab. Der wird sich im nächsten Jahrzehnt deutlich verschärfen. Deshalb muss Deutschland alle inländischen Potentiale ausschöpfen. Die Bedingungen für ältere Arbeitnehmer müssen attraktiver werden – etwa durch einen flexiblen Renteneintritt mit besseren Hinzuverdienstmöglichkeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden, etwa durch den qualitativen Ausbau von frühkindlichen Bildungsangeboten. Neben den inländischen Potentialen brauchen wir eine gesteuerte Zuwanderung, z. B. durch ein Punktesystem nach australischem oder dänischem Vorbild. Schließlich sollte Zuwanderern, die bereits in den Arbeitsmarkt integriert sind, ein volles Bleiberecht eröffnet werden.

Für mehr Investitionen

Rund 90 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland werden privat erbracht. Deshalb sind wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen und die Abschaffung bestehender Investitionsbremsen zur Mobilisierung privater Investitionen von zentraler Bedeutung. Dazu gehören vor allem steuerliche Entlastungen für Unternehmen und Verbraucher, beschleunigte Planungsverfahren und die Abschaffung von staatlich vorgeschriebenen Preisen auf dem privaten Wohnungsmarkt. Zusätzlich müssen Bund, Länder und Kommunen zukünftig ausreichend hohe staatliche Investitionen in Verkehrs- und Energienetze sowie die digitale Infrastruktur mittelstandsfreundlich sicherstellen.

Für eine mittelstandsfreundliche Erbschaftssteuer

Im Mittelstand werden bis 2018 insgesamt 3,7 Millionen Unternehmen, davon 3,5 Millionen Familienunternehmen, übergeben. Soll dies beschäftigungssichernd ablaufen, bedarf es einer vernünftigen Regelung der Erbschaftssteuer. Sie darf nicht eine Vermögenssteuer durch die

Hintertür werden. Eine Substanzbesteuerung würde zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland gefährden. Mit den von der Großen Koalition vorgeschlagenen Maßnahmen droht insbesondere eine Belastung von größeren Familienunternehmen, aber auch kleinere Betriebe werden mit neuen bürokratischen Auflagen belastet. Zudem ist die Erbschaftssteuer neben ihrer verfassungsrechtlichen Angreifbarkeit von ihrem Aufkommen her – verglichen mit anderen Unternehmenssteuern – vernachlässigbar.

Für eine Abschmelzung des Solidaritätszuschlags

Die Freien Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag stufenweise auslaufen lassen. Das entlastet nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch den Großteil des Mittelstands, denn für die drei Millionen meist mittelständischen Personengesellschaften ist die Einkommensteuer die Unternehmenssteuer. Eine Abschmelzung des Solidaritätszuschlags verbessert daher auch die Investitionsbedingungen für viele kleine und mittelständische Unternehmen.

Für bezahlbare Energiepreise

Die Kosten der Energiewende tragen bislang überwiegend die Verbraucher und die kleinen und mittleren Unternehmen. Allein die EEG-Umlage führt zu jährlichen Belastungen von 22 Milliarden Euro. Bei vielen Betrieben sind die Energiekosten mittlerweile ein erheblicher Kostenfaktor geworden. Es findet eine Kostenumverteilung von privaten Haushalten und Mittelstand zu Großunternehmen statt. So sind etwa nur rund 2.000 Unternehmen, das heißt nicht einmal ein Prozent aller Unternehmen in Deutschland, von der EEG-Umlage befreit. Die Freien Demokraten wollen diese mittelstandsfeindliche Umverteilungspolitik beenden und das EEG abschaffen.